

Ein Zweibund von Dauer

VON JOSEF JOFFE

Die Geschichte hat Charles de Gaulle nicht rechtgegeben. Anders als „Rosen und junge Mädchen“ ist der deutsch-französische Freundschaftsvertrag nicht dem unerbittlichen Gesetz der Natur anheimgefallen, wonach noch jede Blütezeit dem Verwelken und Vergehen weichen muß. Ein Vierteljahrhundert hat dieser Vertrag bestanden, und wer die de Gaullesche Metapher weiterspinnen will, mag da eher an einen Obstbaum denken, der jahrelang leerbleibt, um plötzlich unverhofft Früchte zu treiben.

Vor 25 Jahren schien der Elysée-Vertrag wie totgeboren; die Umarmung löste sich, weil er jeder den anderen in die entgegenetzte Richtung zu zerren versuchte. De Gaulle wollte eine „Kontinental-Achse“ unter eigener Führung, um sich so das fehlende Gewicht gegenüber den „Angelsachsen“ zu verschaffen. Den Deutschen aber war die „kleineuropäische Sonderbündelei“ (Ludwig Erhard) ein Horror- und eine Versündigung gegen das ungeschriebene Hauptgebot der Außenpolitik: die Verankerung im atlantischen Sicherheitssystem. Enttäuschung, Groll und Abwendung bestimmten die letzten Jahre de Gaulles, Mißtrauen gegenüber der Brandtschen Ostpolitik die Ära Pompidou. Auch unter dem „Tandem“ Schmidt und Giscard d'Estaing war nicht der Vertrag das eigentliche Vehikel der Politik, sondern die persönliche Beziehung zwischen „Männerfreunden“, die einander ebenso goutierten wie notfalls hemmungslos manipulierten.

Das „Abdriften der Deutschen“

Fast zur Routine allfälliger Besuche, wurde der Elysée-Vertrag erst in den 80er Jahren wiederentdeckt - von Präsident Mitterrand, der plötzlich das Gespenst vom *dérive allemand*, vom „Abdriften der Deutschen“ in den Pazifismus und Neutralismus auftauchen sah. Freilich zeigt gerade Mitterrands Reaktion, wie sehr sich das *Wesen* der Beziehung seit den Tagen der „Erzfeindschaft“ zum Guten verändert hat: Die klassischen Reflexe französischer Deutschlandpolitik - von Richelieu bis Poincaré - schlugen sich in Schwächung, Einmischung und Einkreisung nieder. Heute aber ist nicht Gleichgewichts-, sondern Einbindungspolitik die Devise, wenn die Franzosen sorgenvoll über den Rhein blicken.

Bezeichnend sind denn auch die jüngsten Früchte des Vertrages: die gemeinsame Brigade und der gemeinsame Verteidigungsrat. Die Zweier-Brigade bei Böblingen ist weitgehend Symbolik, vier Bataillone, die weit ab vom Schuß (und eher unbeweglich) der Wacht am Rhein und nicht an der Elbe dienen. Der „Verteidigungsausschuß“ aber schafft zumindest den institutionellen Rahmen für eine Verflechtung der „großen Politik“: Er umfaßt Präsident und Kanzler sowie die Verteidigungs- und Außenminister auf beiden Seiten. Überdies hat sich dieses neue Gremium Großes vorgenommen: die Koordination der Verteidigungs-, Abrüstungs- und Ost-West-Politik.

Freilich hat das Verhältnis noch nie an einem Mangel an Foren gelitten, und das eigentliche Problem läßt sich durch Institutionen allein nicht lösen. Charles de Gaulle hat den Kern der Sache mit der ihm eigentümlichen Mischung aus Realismus und Resignation beschrieben, als er 1965

über die Vergeblichkeit seines siebenjährigen Werbens um die Deutschen sinnierte: „Die Politik ist die Politik der Staaten, und daran kann niemand etwas ändern.“

Staaten schließen keine Eben, sondern Zweckbündnisse. Der unausgesprochene Vorbehalt ist immer *rebus sic stantibus* („daß die Dinge so bleiben, wie sie sind“) und der *sacro egoismo* der Nationen - daß ein jeder Staat seine souveräne Entscheidung mit niemandem teilt. Deshalb ist eine stabile Interessengemeinschaft noch immer der beste Garant der Zusammenarbeit. Nicht die Institutionen harmonisieren die Interessen, sondern umgekehrt: Der Gleichklang der Bedürfnisse nährt die Kraft der gemeinsamen Gremien.

Wie steht es um diesen Vorrat an Gemeinsamkeiten? Vorweg schlägt die schiere Routine der Zusammenarbeit zu Buche, die ebenso unspektakulär wie gewohnheitsfördernd ist. Hinzu kommt ein Grundakkord der Attitüden zumindest im Prinzipiellen: Beide wollen den Ausbau der EG, die Stärkung des europäischen Sicherheitspfeilers, den Gleichschritt der Politik gegenüber Nachbarn und Supermächten. Zu schwach, um für sich allein zu bestehen, wünscht sich ein jeder den anderen an seiner Seite. Freilich beginnen hier auch schon die grundsätzlichen Fragen, welche die beiden seit einem Vierteljahrhundert vor sich herschieben: Wer führt wen - und wohin?

Seelenklüft zwischen den Völkern

Noch bevor er aus der Taufe gehoben wurde, hat der gemeinsame Wirtschafts- und Finanzrat deshalb für Zunder gesorgt. Wer führt - der schwache Franc? Dann müßte die Bundesbank den stets abwertungsverdächtigen Franc mit massiven Stützungskäufen bei pari halten. Führt aber die Mark, müßte Paris seine Konjunkturpolitik „deutscher Disziplin“ unterwerfen. Derlei Autonomieverlust nimmt keine Zentralbank oder Regierung zugunsten der Völkerfreundschaft in Kauf, zumal angesichts der bekannten Tendenz des Bürgers, sein Wahlverhalten am Zustand seiner Geldbörse auszurichten.

Dahinter lauert ein noch härterer Kern: die Befindlichkeit zweier Nationen - genauer: einer echten und einer unfertigen Halb-Nation -, die mit anderen historischen Hypotheken und geographischen Gegebenheiten leben müssen. Die Franzosen werden nie müde, den Deutschen die Seelenklüft zwischen den beiden Ländern vorzuhalten: Für uns bezeichnet „nie wieder“ das Nachgeben gegenüber dem Totalitarismus in den dreißiger Jahren; für euch, die Verlierer, bedeutet es „nie wieder Krieg“. Eine gefestigte demokratische Identität spiegelt sich dort in „Werte-Nationalismus“ und ideologischer Konfliktbereitschaft wider; die gebeutelten Deutschen sind eher bereit, den Frieden zum Maß aller Dinge zu machen. Dort bleibt die Skepsis gegenüber dem Sowjet-System; hier wächst die Sehnsucht nach Aufhebung aller „Feindbilder“ und Konflikte. Nirgendwo läßt sich die psychologische Trennlinie besser markieren als beim Atomaren.

SUE Süddeutsche Zeitung

Quelle

Datum

23. Jan. 1988

2

Trost aus 25 Jahren

Cattenom und *Force de Frappe* wühlen die französische Seele nicht auf; zumal da ihre Atomstreitmacht eint alle Franzosen von weit links bis weit rechts. Hier herrscht dagegen tiefste Unsicherheit, ja Unbehagen, und niemand vermag vorauszusehen, wie die Deutschen mit den Dilemmas der Abschreckung und Atomenergie zu Rande kommen werden: In der Ost-West-Politik teilen die beiden Länder zwar dieselbe Sorge, nicht aber denselben Weg. Bei den Mittelstreckenraketen hätten die Supermächte „allein über das Schicksal der Europäer“ entschieden, was „auf Dauer nicht hingenommen werden“ könne. Der Satz stammt von Oscar Lafontaine, einem Wortführer der deutschen Linken; er könnte wortwörtlich auch dem Munde Mittelerrands entsprungen sein. Nur hört derlei Gemeinsamkeit bei der praktischen Politik schon auf: Will jener den „Abbau der Atomwaffen“ in Westeuropa, so ist für Mittelerrand und die Mehrheit aller Franzosen die „Entnuklearisierung“ eine pure Schreckensvision.

Derlei Grundsatzfragen können in gemeinsamen Institutionen allenfalls ein- oder ausgeklammert werden, weil Präsidenten und Kanzler nicht an der Befindlichkeit ihrer Nationen „vorbeikoordinieren“ können. Freilich bietet das vergangene Vierteljahrhundert reichlich Trost. In dieser Zeit verlief die Seelenlage der beiden nie synchron; ihre Interessen und Visionen sind zuweilen aufs härteste aufeinandergeprallt. Und doch hat der Zweibund gehalten, egal, wer hüben und drüben gerade an der Regierung war. Ist dies nach 25 Jahren zuwenig? Nicht im Schatten einer gemeinamen Geschichte, die Deutsche und Franzosen allein in einem Menschenalter (1870-1945) dreimal in den Krieg getrieben hat. *A* *AD*